



## Newsletter

*September 2018*

Liebe Leserin, lieber Leser,

auf diesen ersten Newsletter nach der parlamentarischen Sommerpause mussten Sie etwas länger erwarten, da ich aufgrund vieler Termine gleich nach der Plenarwoche in Straßburg einfach nicht dazu gekommen bin. Dafür können Sie hier jetzt vielfältige Themen verfolgen: die mehrheitliche Entscheidung, ein Strafverfahren gegen die Regierung Viktor Orbans zu eröffnen, überraschende Aussicht auf ein baldiges Ende der Zeitumstellung, Entwicklung bei den Gesetzgebungen zur Schiffsabfallbeseitigung, zu Einmal-Plastik und zum Urheberrecht.

Interessante Einblicke hatte ich bei meiner Sommertour und dem Besuch verschiedener europäischer Häfen als verantwortliche Abgeordnete für Schiffsabfälle. Europäische Gesetzgebung versucht immer, nach dem Motto „one size fits all“ gleiche Regelungen für alle Regionen der EU aufzustellen. Allerdings unterscheiden sich Gegebenheiten vor Ort doch teilweise sehr stark, und ich halte nichts von Vorschriften, bei denen von vornherein klar ist, dass sie nicht überall praktikabel sind.

Der Countdown für die Gesetzgebung in dieser Legislaturperiode läuft, daher häufen sich die Termine dazu. Die österreichische und ab Januar die rumänische Ratspräsidentschaft hat alle Hände voll zu tun. Mal sehen, was wir noch erfolgreich fertig verhandeln können.

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Herbst!

# *Inhalt*

## **I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen**

Mit der EU aus der Krise - Debatte mit Alexis Tsipras	Seite 3
Lage der Union - Jean-Claude Juncker mahnt zur Einigkeit	Seite 3
Mehrheit für Strafverfahren gegen Ungarn unter Viktor Orbán	Seite 3
Das neue EU-Uhreberrecht: Scheinlösung?	Seite 4
Eine europäische Strategie für Kunststoffe in der Kreislaufwirtschaft	Seite 5
Ist das Ende der Zeitumstellung gekommen?	Seite 5

## **II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg**

Nutzenbewertung von Gesundheits-Technologien (ALDE-Berichterstatterin)	Seite 7
Überambitioniert: Neue CO2-Grenzwerte für PKW, leichte und schwere Nutzfahrzeuge	Seite 7
Der Zusammenhang zwischen dem Golfstrom und Klimawandel	Seite 8
Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform	Seite 8

## **III. Aus Deutschland und aller Welt**

Hafenbesuche: Hamburg, Kiel, Lübeck, Stralsund, Rotterdam, Lissabon	Seite 9
Wahlkreistermine mit Meeresbezug: DLR Neustrelitz, Ozeaneum Stralsund	Seite 9
Schuljubiläum: Von Soltau in unbekannte Welten	Seite 10
Paris, München, Hannover: großes Interesse an Plastik im Meer	Seite 10
Immer neue Aufgaben: die „emsige“ EMSA in Lissabon	Seite 10
Europawahl im Blick: erste Aktivitäten zur Kandidatenaufstellung	Seite 11

## **IV. Terminvorschau**

## ***I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen***

### **Mit der EU aus der Krise - Debatte mit Alexis Tsipras**

In der Reihe der europäischen Staats- und Regierungschefs, die im Straßburger Plenum zur Zukunft der EU sprechen, war der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras zu Gast. Vor drei Wochen hatte er das Ende des achtjährigen fiskalischen Unterstützungsprogrammes in Griechenland angekündigt, nun beschrieb er die aktuelle Situation seines Landes voller Zuversicht und Hoffnung. Griechenland versuche weiterhin sein Bestes, um die Flüchtlingsströme zu bewältigen, während andere Länder Absperrungen und Barrieren gebaut haben. In den letzten drei Jahren erlebe sein Land ein Wirtschaftswachstum von 2,5%, die Arbeitslosigkeit sei um 7% gefallen. Der Ministerpräsident nahm das EU-Rettungsprogramm als ein Beispiel dafür, dass europäische Zusammenarbeit und Solidarität funktionieren können.

Unser belgischer ALDE-Fraktionsvorsitzender Guy Verhofstadt mahnte allerdings, dass die EU für die nächste Finanzkrise nicht vorbereitet ist, auch wenn Griechenland stabilisiert werden konnte. Denn die griechische Krise sei nur ein „kleines Problem“ verglichen mit dem, was noch auf die EU zukommen könnte. Dennoch habe die EU noch immer nicht die erforderlichen Instrumente und Institutionen, um eine eventuelle nächste Krise bewältigen zu können. Momentan hätte man nur die Europäische Zentralbank (EZB) mit Präsident Mario Draghi. Was wir brauchen sei eine Bankenunion, ein gemeinsames Eurozonen-Budget und einen Europäischen Finanzminister – Vorschläge, die die Freien Demokraten so nicht alle teilen.

### **Lage der Union - Jean-Claude Juncker mahnt zur Einigkeit**

Wie jedes Jahr hielt der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, im September vor dem Plenum seine Rede zur Lage der Union. Es war wohl das letzte Mal, denn Juncker tritt als Kommissionspräsident 2019 ab. Er forderte die Europäische Union auf, mehr Stärke und Einigkeit zu zeigen. Zunächst wies er auf die zurückliegenden Erfolge der EU hin: Zehn Jahre nach der Finanzkrise im Herbst 2008 hat die Europäische Wirtschaft 12 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen – niemals haben so viele Männer und Frauen in Europa gearbeitet. Er lobte die globale Verantwortung Europas im Zusammenhang mit der Verteidigung des Pariser Klimaschutzabkommens und der Finanzhilfe für Griechenland. Dabei forderte Juncker Europa zu einem stärkeren Zusammenhalt auf, da die Situation in der Welt heute nicht mehr berechenbar sei. Europa soll als internationaler Partner ein souveräner Akteur sein. Besonders osteuropäische Länder mahnte der Kommissionspräsident zu mehr Solidarität bei der Bekämpfung der humanitären Katastrophe in Syrien. Junckers Aufruf: „Vereint als Europäer sind wir eine Kraft, mit der man rechnen muss.“

Man brauche auch eine stärkere Förderung der Europäischen Verteidigungspolitik: Auf alte Allianzen sei immer weniger Verlass. Mit einem „European Defence Fund“ und einer besseren Zusammenarbeit in Gesamteuropa könne man gegen den Terrorismus und andere externe Bedrohungen kämpfen. Dabei sollten Grenzkontrollen, die im Zuge der Flüchtlingswelle 2015 von einigen Mitgliedsstaaten eingeführt wurden, wieder fallen. Diese symbolisieren einen inakzeptablen Rückschritt für Europa. Lösung sei eine ausgewogene Migrationsreform mit einer verstärkten europäischen Grenz- und Küstenwache, die Weiterentwicklung der europäischen Asyl-Agentur, die Beschleunigung der Regelungen für die Rückkehr irregulärer Migranten sowie mehr legale Wege für Einwanderer und Schutzbedürftige nach Europa. Durch 10 Millionen Arbeitsplätze in Afrika und weitere Investitionen in den nächsten 5 Jahren sollen das Bündnis der Kontinente gestärkt und in der Folge Fluchtursachen bekämpft werden.

### **Mehrheit für Strafverfahren gegen Ungarn unter Viktor Orbán**

Am Dienstag der Plenarwoche hat sich der ungarische Premierminister Viktor Orbán ein weiteres Mal einer hitzigen Debatte im Europäischen Parlament gestellt. Dabei ging es wie schon die letzten Male um den zweifelhaften Umgang der Regierung Orbáns mit den europäischen Grundwerten und den schleichenden Abbau des Rechtsstaates. Doch diesmal lag eine Resolution auf dem Tisch, die die Einleitung eines

sogenannten Verfahrens nach Artikel 7 der EU-Verträge forderte. Am Ende dieses Strafverfahrens könnte der Entzug des Stimmrechts für Ungarn in der EU stehen. Orbán war allerdings weniger gekommen, um die Bedenken der Abgeordneten zu zerstreuen, denn um seine eigenen Anhänger zu mobilisieren. Er konnte sich denn auch über Zuspruch der europakritischen Parteien wie der polnischen PiS oder der deutschen AfD freuen. Natürlich stellt seine Partei Fidesz auch die überwältigende Zahl der ungarischen Europaabgeordneten, was für ihn eine deutliche Legitimierung seiner Europapolitik durch die ungarische Bevölkerung darstellt. Jede Nation und jeder Mitgliedstaat habe das Recht, sein Leben in seinem eigenen Land zu organisieren. Dazu gehöre auch die Entscheidung, mit wem man zusammenleben wolle. Das ist natürlich gegen muslimische Einwanderer gerichtet, aber auch mit Personenfreizügigkeit und Minderheitenschutz in der EU nicht wirklich kompatibel. Unser Fraktionsvorsitzender Guy Verhofstadt stellte dann auch fest, dass Ungarn heute nicht mehr der EU beitreten können würde, da das Land unter Orbán die Beitrittskriterien nicht mehr erfülle. Es gehe in der Kritik allerdings nie um das ungarische Volk, dass Orbán durch die Vorwürfe beleidigt sehe, sondern immer nur um die Regierungspolitik Orbáns.

Spannend war, wie sich die Konservativen bei der Abstimmung über eine Einleitung des Strafverfahrens verhalten würden, denen Orbáns Partei Fidesz angehört. Die EVP-Fraktion hatte Orbán bisher immer geschützt. In der namentlichen Abstimmung wurde allerdings deutlich, dass sich immer mehr konservative Abgeordnete von der ungarischen Regierung distanzieren. Die nötige Zweidrittel-Mehrheit konnte mit den Stimmen etlicher Konservativer, darunter auch viele CDUler, erreicht werden. Die CSU-Abgeordneten hielten Orbán die Treue, obwohl ihr Parteifreund Manfred Weber, der EVP-Fraktionsvorsitzende (und vielleicht künftige Kommissionspräsident), sich gegen ihn gestellt hatte. Er hatte die nicht vorhandene Kooperationsbereitschaft Orbáns kritisiert. Die ungarische Regierung hat inzwischen gegen die Abstimmung beim Europäischen Gerichtshof geklagt, weil nach ihrer Rechtsauffassung die Enthaltungen anders gewertet hätten müssen. Doch auch wenn das deutliche Abstimmungsergebnis im EU-Parlament bestätigt würde, ist die tatsächliche Einleitung des Strafverfahrens noch in weiter Ferne, denn auch die Mitgliedstaaten müssten sich dafür aussprechen.

### **Das neue EU-Urheberrecht: Scheinlösung?**

Schon seit über einem Jahr wird die Urheberrecht-Richtlinie im Rechtsausschuss des Europaparlaments debattiert - ein Zeichen dafür, wie wichtig dieses Thema ist, aber auch, wie herausfordernd es ist, einen ausgewogenen Vorschlag zu finden. Nachdem das Plenum den ersten Entwurf im Juli an den zuständigen Ausschuss zurückverwiesen hat, wurde bis zur letzten Minute an Kompromissvorschlägen gearbeitet. Leider mit einem - aus meiner Sicht wie auch nach Auffassung vieler Freier Demokraten – unzureichenden Ergebnis. Allerdings prallten die Meinungen bis zuletzt aufeinander, in den meisten Fraktionen gab es verschiedene Abstimmungslinien.

Bei dem Vorschlag geht es darum, das Urheberrecht dem digitalen Zeitalter anzupassen. Da Filme, Zeitungen, Musik oder auch Bücher zunehmend online konsumiert und gekauft werden, muss darauf geachtet werden, dass Künstler, Verlage und Musikproduzenten für ihre Werke angemessen vergütet werden. Da die klassischen Vergütungskanäle zunehmend wegfallen (z.B. gedruckte Zeitungen), stellt sich zurecht die Frage, wie Künstler oder Verleger in der neuen digitalen Welt weiterhin finanziell überleben können. Der Vorschlag, der jetzt dem Rat vorliegt, sieht vor, dass Plattformen künftig für die Verwendung von Inhalten zahlen müssen. Auch wenn diese Idee grundsätzlich richtig ist, wird vergessen, dass das Internet vielen Künstlern erst die Möglichkeit gegeben hat, sich an ein breiteres Publikum zu wenden und die klassischen Musikproduzenten zu umgehen, welche häufig Monopolstellungen im Markt hatten. Zudem wären viele Künstler ohne Plattformen wie YouTube gar nicht erst bekannt geworden. Ähnliches gilt für Schriftsteller und Journalisten. Auch ein strenges Leistungsschutzrecht ist eine Scheinlösung. Das in Deutschland eingeführte Leistungsschutzrecht hat Journalisten und Verlagen bis heute nicht mehr Einkommen garantiert.

Ein anderer kritischer Punkt sind die automatischen Upload-Filter. Sie sollen die heutige Praxis ersetzen, wonach urheberrechtliche Inhalte erst nach einer entsprechenden Anzeige von Plattformen runtergenommen werden. Mit Upload-Filtern besteht aber die Gefahr, dass auch legale Inhalte oder Parodien, sogenannte ‚Memes‘ herausgefiltert werden. Für die Meinungsfreiheit im Internet ist das alarmierend. Zudem bin ich überzeugt, dass der Gesetzgeber keine technischen Lösungen vorgeben soll, da sich Technologien heutzutage schneller ändern, als neue Gesetze verabschiedet werden können. Statt das Rad neu zu erfinden, sollten bestehende Regeln besser durchgesetzt werden.

Auch wenn das freie Internet mit der Abstimmung noch lange nicht „tot“ ist (wie in mehreren 1000 Mails an uns geäußert), wird der Vorschlag seinem Ziel, die Kultur im digitalen Zeitalter zu retten, nicht gerecht. Allerdings ist das letzte Wort noch nicht gesprochen, denn der abgestimmte Text geht erstmal in die Trilogverhandlungen mit dem Rat. Danach muss das Parlament noch einmal im Plenum abstimmen, ob es den ausverhandelten und sicher nochmals veränderten Text annimmt.

## **Eine europäische Strategie für Kunststoffe in der Kreislaufwirtschaft**

Plastik hat unser Leben seit 60 Jahren wesentlich erleichtert und ist aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken, sei es im Haushalt, in der Industrie oder im Krankenhaus. Kunststoffe sind aber auch außerhalb ihrer eigentlichen Verwendung allgegenwärtig. Sie befinden sich im Boden, im Wasser, als schwimmende Müllinseln in den Ozeanen, an unbewohnten Stränden, im Eis der Arktis, auf dem Meeresgrund und über Fische und Meeresfrüchte sogar in unserem Essen. Mehr als 380 Millionen Tonnen Plastik werden jährlich weltweit produziert. In Europa wird weniger als ein Drittel recycelt und gerade einmal 6 Prozent in neuen Produkten wiederverwertet. In Form von Plastikflaschen, Verpackungen, Zigarettenfiltern oder Fischnetzen landen Millionen Tonnen im Meer, wo ihre Zersetzung bis zu 450 Jahre dauert, teilweise mit verheerenden Folgen.

Das Europäische Parlament hat deswegen am 13. September in einem Initiativbericht die Kommission aufgefordert, ambitionierte Maßnahmen vorzustellen, um dieses Problem im Rahmen einer Europäischen Strategie für Kunststoffe in der Kreislaufwirtschaft anzugehen. Dabei geht es um die Art und Weise, wie Kunststoffprodukte in der EU entworfen, hergestellt, verwendet und wiederverwendet werden. Neben umweltpolitischen Argumenten gibt es auch finanzielle Anreize. Derzeit geht der Wert von Kunststoffverpackungen zu 95% verloren, was zu jährlichen Verlusten von 70 bis 105 Mrd. Euro führt. Eine innovative und nachhaltige Kunststoffindustrie hat das Potential, Wachstum und Arbeitsplätze in Europa zu schaffen und gleichzeitig die Treibhausgasemission der EU zu senken sowie den Verbrauch fossiler Brennstoffe zu reduzieren.

Als Sondergesandte des Präsidenten des Europäischen Parlaments für Meerespolitik und meerespolitische Sprecherin der FDP im EP habe ich mich dabei besonders dafür eingesetzt, dass wir mehr Forschungsprojekte, alternative Produktlinien und konsequente Anwendung der Kreislaufwirtschaft brauchen. Innovation und Startups spielen hier eine wichtige Rolle – vom Upcycling zu Möbeln bis zur Entwicklung neuer Filtersysteme und Technologien zur Säuberung der Meere. Insbesondere die Forderung einer übergreifenden „Mission: Plastic Free Ocean“ war mir ein Anliegen, die erfreulicherweise eine Mehrheit im Parlament gefunden hat.

## **Ist das Ende der Zeitumstellung gekommen?**

Seit ich im Europaparlament bin, setze ich mich für die alte FDP-Forderung nach dem Ende der Zeitumstellung ein. Alle europäischen Länder haben im vergangenen Jahrhundert Sommerzeitregelungen eingeführt, um Energie zu sparen, vor allem in Kriegszeiten oder während der Ölkrise in den 1970er Jahren. Ab 1980 hat die Europäische Union nach und nach Rechtsvorschriften erlassen, um die unterschiedlichen nationalen Regelungen für Zeitumstellung einander anzugleichen. Heute zeigen Studien allerdings, dass die Energieeinsparungen allenfalls marginal sind. Was abends gespart wird, weil es länger hell ist, wird morgens verbraucht, weil es kalt und länger dunkel ist. Haushalte mit Solarpanels müssen Strom zukaufen, weil die Sonne morgens noch nicht scheint. Gleichzeitig beklagen sich viele über die Störung des Biorhythmus und negative Auswirkungen auf die Gesundheit von Mensch und Tier.

Nachdem wir im Europaparlament im Februar in einer Resolution die Kommission dazu aufgefordert hatten, die Notwendigkeit der Zeitumstellung zu überprüfen, hat diese eine Online-Umfrage durchgeführt. Es gingen 4,6 Millionen Antworten ein – so viele Antworten wie noch nie bei einer sogenannten öffentlichen Konsultation. 84% der Befragten sprachen sich dabei für die Abschaffung der Zeitumstellung aus. Danach ging alles ungewöhnlich schnell. Inzwischen haben wir einen Gesetzesvorschlag der Kommission zum Ende der jahreszeitlich bedingten Zeitumstellungen auf dem Tisch. Die letzte verbindliche Umstellung auf die Sommerzeit würde demnach am Sonntag, den 31. März 2019 erfolgen. Danach müssen die Mitgliedstaaten entscheiden, ob sie zukünftig die Sommerzeit oder die Winterzeit anwenden wollen. Die

Hoffnung ist natürlich, dass sich Nachbarländer auf eine Variante einigen, um keine zusätzlichen Zeitverschiebungen innerhalb der EU zu schaffen.

Jahrelang habe ich jedes Mal vor der Zeitumstellung unzählige Beschwerden von Bürgern über ihre gesundheitlichen Beeinträchtigungen bekommen. Nun beschwerten sich die Verfechter der Zeitumstellung: wie könne man auf Grundlage einer Online-Umfrage einen Beschluss fassen, an der zwar ungewöhnlich viele Bürger teilgenommen haben, die aber keinesfalls repräsentativ sei für die 500 Millionen Bürger der EU, zumal dreiviertel der Umfrageteilnehmer Deutsche waren. Ich finde es allerdings durchaus legitim, dass die Kommission auf Grundlage dieses Stimmungstests einen Gesetzgebungsvorschlag herausbringt. Es ist damit ja auch noch nichts entschieden. Wie jede Richtlinie wird dieser Vorschlag nun von den Mitgliedsstaaten und dem Europaparlament geprüft. Wir werden uns damit demnächst im zuständigen Verkehrsausschuss beschäftigen, denn die Zeitumstellung fällt auch wegen der Auswirkungen auf Fahrpläne in unser Ressort.



## ***II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg***

### **Nutzenbewertung von Gesundheits-Technologien (ALDE-Berichterstatterin)**

In der außerordentlichen Sitzung des Umweltausschusses am Donnerstag in Straßburg war es endlich soweit. Das lang verhandelte Kompromisspaket zum Bericht über die Nutzenbewertung von Arzneimitteln wurde verabschiedet. Wenn ein Arzneimittel zugelassen wird, muss in den EU-Mitgliedsstaaten jeweils eine Nutzenbewertung durchgeführt werden, damit diese entscheiden können, ob die Krankenkassen es bezahlen oder nicht. Ist ein Medikament effizienter oder „besser“ als das herkömmliche oder die Standard-Therapie, wird dieses neue Medikament erstattet.

Die Entscheidung über die Erstattung, also die ökonomische Nutzenbewertung, ist laut EU-Verträgen Sache der Mitgliedsstaaten. Die EU darf nicht über die Gesundheitsbudgets der Mitgliedsstaaten entscheiden. Dieses Subsidiaritätsprinzip muss gewahrt werden. Andererseits kann eine wissenschaftliche Bewertung desselben Medikaments nicht je nach Mitgliedsstaat voneinander abweichen. Deshalb ist es überflüssig, diese Bewertung 27 bzw. 28 Mal – wobei das gar nicht alle Mitgliedsstaaten vornehmen - in der EU durchführen zu lassen. Das bindet Ressourcen der Behörden und der Hersteller, die anders besser eingesetzt werden können. Deshalb waren wir uns im Parlament fraktionsübergreifend einig, dass eine zentrale Nutzenbewertung hier sinnvoll ist.

Allerdings greifen ökonomische und wissenschaftliche Bewertung eng ineinander. Deshalb war es uns wichtig, den Mitgliedsstaaten mehr Flexibilität zuzugestehen. So kann ein Mitgliedsstaat noch zusätzliche Studien anfordern, jedoch nicht solche, die schon zentral vorgelegt worden sind (sodass keine Dopplung entsteht).

Außerdem konnten wir uns auf einen Kompromiss bei der Frage um Medizinprodukte einigen, also vom Herzschrittmacher bis zum Skalpell, dem wohl kontroversesten Thema in diesem Berichtsentwurf. Ich hatte mich dafür eingesetzt, Medizinprodukte vorerst nicht im Anwendungsbereich zu lassen. Ich berichtete bereits in einem früheren Newsletter darüber. Neben vielen praktischen Schwierigkeiten hätte eine Einbeziehung den ohnehin schon enormen Verwaltungsaufwand, der mit der Zentralisierung der klinischen Bewertung einhergeht, noch mehr erhöht. Die EU-Mitgliedsstaaten haben, im Gegensatz zu Arzneimitteln, unterschiedliche Vergütungssysteme für Medizinprodukte, weshalb eine zentrale Nutzenbewertung keinen Mehrwert bringt. Der Kompromiss war also, dass man den Anwendungsbereich auf Hochrisikoprodukte mit noch weiteren Kriterien einengt.

Außerdem hat das Parlament Vorschläge zur bei bislang freiwilliger Zusammenarbeit bereits bewährter Methodik gemacht, da dies die Kommission nicht in ihrem Vorschlag vorgesehen hatte.

Das Interesse am Thema im deutschen Gesundheitssektor ist groß, ich war daher als Referentin bei Konferenzen zum Thema in Brüssel und Frankfurt/Main eingeladen.

Ich bin leider wenig optimistisch, dass wir in diesem Mandat noch Trilog-Verhandlungen mit dem Rat aufnehmen können. Dort gestalten sich die Diskussionen wesentlich schwieriger. Eine Stellungnahme des Rates ist nicht vor nächstem Jahr zu erwarten, und Mitte April beendet das Parlament die Arbeit in dieser Legislaturperiode – dann kommt Wahlkampf, Wahl und Fraktionsneubildung.

### **Überambitioniert: Neue CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für PKW, leichte und schwere Nutzfahrzeuge**

Der Umweltausschuss hat in Straßburg in einer Sondersitzung Forderungen für die Flottengrenzwerte der CO<sub>2</sub>-Emissionen von PKWs und leichten Nutzfahrzeugen verabschiedet. Das Ergebnis ist aus meiner Sicht nicht realisierbar und daher enttäuschend: Die von der Kommission vorgeschlagenen Reduktionsziele von -15% in 2025 und -30% in 2030 wurden verschärft auf -20% in 2025 und -45% in 2030. Wie ich bereits berichtete wäre das ursprünglich vorgeschlagene Ambitionsniveau bereits sehr anspruchsvoll und sicher nur mit Technologie-Umbrüchen zu erreichen. Komplette Technologie-Umbrüche auf etwa Elektroautos sind derzeit illusorisch, da die Technologie insbesondere im Langstreckenverkehr noch nicht marktreif ist. Andererseits ist sie teuer und es mangelt vorläufig noch an Infrastruktur. Deshalb

hatte ich in meinen Änderungsanträgen auch Vorschläge für mehr Flexibilität gemacht (ein unverbindliches 2025-Ziel und Mehrfachanrechnung für Elektroautos, wenn sie eine bestimmte Reichweite haben, sowie alternative Antriebe). Ich denke, es ist besser, sich realistische Ziele zu setzen als solche die nicht erreichbar sind. Das Ergebnis könnte mit knappen Mehrheiten im Plenum Anfang Oktober noch einmal korrigiert werden – sicher ist dies jedoch nicht.

Gleichzeitig diskutieren wir Flottengrenzwerte für schwere Nutzfahrzeuge, also LKWs und Busse. Die Kommission hat hier die gleichen Reduktionsvorgaben (-15%/-30%) gemacht. Auch hier zielt der Vorschlag ganz klar in Richtung Elektromobilität. Das wäre zwar wünschenswert, aber anders als bei PKWs steckt die Technologie für Elektro-LKWs noch in den Kinderschuhen, weshalb mir nicht klar ist, wie solch ein ambitioniertes Niveau erreicht werden soll. Und genauso wie bei PKWs müssen die Zielvorgaben an die Lade-Infrastruktur gekoppelt sein. Wenn diese nicht vorhanden ist, können keine Elektroautos fahren bzw. keine alternativen Antriebe genutzt werden. Ich habe entsprechende Vorschläge im Umwelt- und im Verkehrsausschuss eingebracht und setze mich generell weiter für Technologieneutralität ein.

### **Der Zusammenhang zwischen dem Golfstrom und Klimawandel**

Als Präsidentin der Searica-Intergroup habe ich am 4. September zusammen mit dem Meteorologischen Institut Dänemarks sowie dem Konsortium Deutsche Meeresforschung eine Frühstücksdiskussion über die Verlangsamung des Golfstroms als Konsequenz des Klimawandels organisiert. Vor rund 50 ausgewählten Teilnehmern diskutierten dabei Wissenschaftler mit Vertretern der Kommission, aber auch Industrie und NGOs über Forschungsergebnisse der vergangenen Jahre. Diese zeigen teilweise dramatische Veränderungen in dem für Europa zentralen Austausch von warmen und kalten Wassermassen durch eine Verlangsamung und Verlagerung des Golfstroms. Diese Zirkulation ist von großer Bedeutung für die einzelnen Ökosysteme, um die Wassertemperatur stabil zu halten. Die Veränderung kann zu kälteren Wintern bei uns und wärmeren Temperaturen an der nordamerikanischen Küste führen, aber auch zu einem geringeren Salzgehalt des Ozeans. Gleichzeitig verdeutlichte die vorgestellten und von der EU geförderten Forschungsprojekte aber auch, wie wichtig marine Forschung für andere Bereiche sein kann. So ist es mittels Langzeitstudien zu Veränderungen der Wassertemperatur möglich, Temperaturschwankungen von einem Jahr zum nächsten vorauszusagen.

Dementsprechend setze ich mich gerade zusammen mit den anderen Mitgliedern der Searica-Intergroup in den derzeitigen Diskussionen um das Forschungsrahmenprogramm „Horizon Europe“ nach 2020 für mehr Meeresforschung mit ausreichender Finanzierung ein.

### **Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform**

- **Im Trilog:**  
Sitz der EMA, Gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt, ACER, Fairer Wettbewerb im Luftverkehr
- **Demnächst im Trilog:**  
ENISA (Europäisches Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich), HTA (Gesundheitstechnologien – ALDE-Berichterstatterin), CO2 für PKW und leichte Nutzfahrzeuge, Trinkwasserqualitäts-Richtlinie
- **Im Ausschuss:**  
Ergänzende Schutzzertifikate und Patentrechtliche Forschungsprivilegien - SPC Waiver (ALDE-Berichterstatterin), CO2 für schwere Nutzfahrzeuge, Clean Vehicles, ENISA, Mobility Package zum Straßengüterverkehr (Lenk- und Ruhezeiten - Schattenbericht, Entsendung, Maut, Kabotage), Clean Mobility Package (Kombinierter Verkehr, Öffnung des Fernbusmarktes), Bahnpassagierrechte, Gesetze zur Plastikstrategie. mein Bericht zur Revision der Richtlinie zu Hafenauffangvorrichtungen, CEF (Europäische Infrastruktur-förderung für Transport, Energie und Digitalisierung), 9. Forschungsrahmenprogramm, InvestEU Programm 2021-2027, Single Window (elektronische Hafenfrachtpapiere – ALDE-Berichterstatterin)



## *II. Aus Deutschland und aller Welt*

### **Hafenbesuche: Hamburg, Kiel, Lübeck, Stralsund, Rotterdam, Lissabon**

Wie geplant habe ich die Sommerwochen dazu genutzt, mehrere Häfen zu besuchen, um mir vor Ort anzuschauen, wie dort mit der Entsorgung von Schiffsabfällen umgegangen wird. Als Berichterstatterin für die neue Richtlinie zu Hafenauffangvorrichtungen sind mir in zahlreichen Gesprächen in Brüssel unterschiedlichste Anliegen dazu vorgetragen worden. Die Kommission möchte durch möglichst einheitliche Bestimmungen europaweit erreichen, dass keine Abfälle mehr im Meer landen und alles im Hafen entsorgt wird, und das auch noch mit möglichst wenig Bürokratie. Meine Skepsis, dass das nicht so einfach sein könnte, hat sich bewahrheitet: je nach Größe und Ausstattung der einzelnen Häfen und Art des Schiffsverkehrs variiert die Annahme und Weiterbearbeitung von Schiffsabfällen stark, auch wenn alle an internationale MARPOL-Vorschriften der IMO (Internationalen Maritimen Organisation) gebunden sind. Es beginnt damit, dass Abfalltrennung an Bord zwar vorgeschrieben ist, aber gerade bei Containerschiffen in der Regel nicht passiert. Recyclet werden kann aber nur, was getrennt – und im Falle Plastik nicht etwa „kontaminiert“ durch Verpackung von Fleisch oder anderen frischen Lebensmitteln – angeliefert wird, der Rest wird verbrannt. Eine vorbildliche Ausnahme stellen die Häfen in Amsterdam und Rotterdam dar, wo große Unternehmen den vermischten Müll sortieren und in gut 180 verschiedene Kategorien trennen, die dann möglichst recyclet werden.

Während flüssiger Abfall/Schlamm in Hamburg von Entsorgungsschiffen mit verschiedenen Tanks direkt am Schiff abgesaugt und später an Land entsorgt wird, geschieht dies in Lissabon fast ausschließlich über Tankwagen am Kai. Kiel hat eine neue Grauwasseranlage, die größere Volumina annehmen und passend zur Kapazität ins städtische Abwassernetz einleiten kann. Lübeck ordert Entsorgungsunternehmen regelmäßig aus Kiel, Stralsund kooperiert mit Rostock und ist von dem größeren Nachbarhafen abhängig. Lissabon hat mit 4 ½ m Tidehub zu „kämpfen“ und klagt über häufige falsche Angaben der einlaufenden Schiffe über Art und Menge des erwarteten Abfalls.

Mal sehen, wie wir eine harmonisierte europäische Lösung finden, die in der Praxis überall umsetzbar ist. Inzwischen ist auch die Arbeit in Brüssel an den Hafenauffangeinrichtungen weitergegangen. Ich versuche gerade, aus den 271 Änderungsanträgen ein paar Kompromisse zu basteln, die für eine Mehrheit der Schattenberichterstatter tragbar ist. Nach dem ersten. Shadow-Meeting Anfang September wird das nächste am 25. September stattfinden.

### **Wahlkreistermine mit Meeresbezug: DLR Neustrelitz, Ozeaneum Stralsund**

Meeresbezug beim Deutschen Luft- und Raumfahrtzentrum (DLR) in Neustrelitz, fernab von der Küste in Mecklenburg-Vorpommern? Klar, dort beschäftigt man sich mit Satelliten, Raumfahrt und Wetterbeobachtung. Es ist das „Echtzeit-Datenzentrum für Ionosphärenwetter“. Und kürzlich hat eine Schülerauswahl verschiedener Schulen 9 Minuten mit Alexander Gerst von der Raumstation ISS sprechen können – 9 Minuten, da genauso lange die ISS auf ihrer 90-minütigen Umlaufbahn von uns aus über Funk erreichbar ist. Aber nicht nur der Weltraum wird vom DLR-Standort aus „bedient“, sondern auch die maritime Sicherheit: Die EMSA in Lissabon erhält die Satelliten-Informationen über Schiffsbewegungen in europäischen Gewässern aus Neustrelitz, und es gibt viele weitere Bezüge über Datentransfer zum maritimen Bereich.

Das großzügig angelegte Ozeaneum in Stralsund hat sich zum Publikumsmagneten gemausert und bietet mit gut erklärten Exponaten und großen Aquarien mit Meerestieren aus aller Welt umfassende Einblicke in Vielfalt und Geheimnisse der Ozeane, aber auch unserer heimischen Meeresbecken. Da der Direktor als Walforscher sich dafür eingesetzt hat, kann man in einer riesigen Halle von bequemen Liegen aus lebensgroße Nachbildungen aller Walarten bestaunen und halbstündlich erklärt bekommen. Genug spannende Informationen für einen eintägigen Familienausflug!

## **Schuljubiläum: Von Soltau in unbekannte Welten**

125 Jahre Gymnasium Soltau – als der Direktor mich fragte, ob ich einen Festvortrag als Ehemalige halten könnte, habe ich ohne zu Zögern gerne zugesagt. Da die Schule sehr europäisch ausgerichtet ist und sich derzeit mit den Schwerpunkten „alle Welt“ und „Weltraum“ beschäftigt, passte auch vieles zu meiner Arbeit als Abgeordnete. Ich berichtete über meinen beim Abitur keineswegs geplanten Weg in die Europapolitik und mein dortiges Engagement für „unbekannte Welten“ wie die Tiefsee und den für Digitalisierung so wichtigen Weltraum. Grüße bestellen konnte ich auch von Professor Martin Visbeck vom Geomar in Kiel – auch ein „Ehemaliger“ und als Wissenschaftler weltweit mir Ozeanbeobachtungen im Rahmen des europäischen Projekts AtlantOs beschäftigt. Schon ein eigenartiger Zufall, dass gleich zwei Absolventen eines ländlichen Gymnasiums jetzt in Brüssel am gleichen für die Lüneburger Heide „exotischen“ Thema arbeiten.

Jetzt drücke ich die Daumen, dass die Schüler dort auch bald mit Alexander Gerst einen „Weltraumchat“ abhalten können: sie haben das zwar gewonnen, aber bislang noch nicht realisieren können. Vielleicht klappt es im Oktober?

## **Paris, München, Hannover: Großes Interesse an „Plastik im Meer“**

„Mers en danger“ / „Meere in Gefahr“ lautete der Titel einer internationalen Konferenz im Palais du Luxembourg, dem Senat in Paris. 150 Teilnehmer waren der Einladung der liberalen Senatorin Nathalie Goulet gefolgt, darunter Botschafter verschiedener europäischer Staaten, eine Delegation aus dem Libanon und 2 Schulklassen. Aufgezeichnet und moderiert von EURONEWS, diskutierten wir Aktivitäten der Vereinten Nationen, von Städten wie Tripolis, Paris und Marseille und im europäischen Parlament zur Bewältigung und Vermeidung von Plastikeintrag im Meer.

„Mikroplastik überall“ stand bei der Veranstaltung von Liberal International in München im Fokus. Im Gespräch mit der dortigen Vorsitzenden Cecile Prinzbach und bei der anschließenden Diskussion berichtete ich von der Plastikstrategie und dem aktuellen EU-Gesetzentwurf zu Einmalplastik, aber auch von der Bedeutung der Ozeane für Klima, Ernährung, Energie, Handelswege, blaue Biotechnologie, Tourismus und das „blaue Wachstum“ als Zukunftsbereich ganz allgemein.

Die gleichen Themen in komprimierter Form diskutierte ich mit Jungen Liberalen aus Niedersachsen im Landtag in Hannover.

## **Immer neue Aufgaben: die „emsige“ EMSA in Lissabon**

Seit 2002 gibt es sie in Lissabon am Ufer des Tejo, die Europäische Maritime Sicherheits-Agentur EMSA. Eingerichtet wurde sie, um – wie es der Name sagt – über die Sicherheit auf See zu wachen. Da Aktivitäten rund ums Meer immer weiter zunehmen, hat man der EMSA immer mehr neue Aufgaben übertragen, und das ohne adäquate Aufstockung bei Personal und Finanzen. Aktuell unter anderem bei der EMSA angesiedelt: Meeresverschmutzung, Offshore-Plattformen, die europäische Küstenwache in Zusammenarbeit mit Frontex, Beobachtung krimineller Aktivitäten auf See wie illegaler Fischfang oder Schmuggel und operative Geschäfte wie das „European single window“, elektronische Kommunikation im Schiffsverkehr. Bei unserem Besuch mit einer kleinen Delegation des Verkehrsausschusses haben wir nicht nur aktuelle Gesetzgebung wie Schiffsmüllbeseitigung diskutiert, sondern auch den zentralen Überwachungsraum besucht. Auf Bildschirmen und zusätzlich einer riesigen Wand können Schiffsbewegungen und andere Aktivitäten in Echtzeit per Satellit beobachtet werden. Per Touchscreen sind die einzelnen Schiffe zu identifizieren und können bei Fehlverhalten an die Küstenwache oder den nächsten Bestimmungshafen gemeldet werden. Das hat unter anderem schon bewirkt, dass „Umweltsünden“ wie Verklappung auf See deutlich zurückgegangen sind. Gut für den Ozean und alle, die am Meer Urlaub machen!

## Europawahl im Blick: erste Aktivitäten zur Kandidatenaufstellung

Die Wahl zum nächsten europäischen Parlament findet zwar erst vom 22. bis 26. Mai 2019 statt, aber die Vorbereitungen laufen bereits an. Wahlprogramme werden entwickelt, Interessen zur Kandidatur bekundet und erste Überlegungen zu möglichen Listen angestellt. Mit Ausnahme von CDU/CSU haben alle Parteien Bundeslisten, aber natürlich gibt es auch ein „Ranking“ auf Landesebene. In Niedersachsen bewerben sich bei den Freien Demokraten gleich vier Kandidaten um Platz 1 der Landesliste, ähnlich wie in anderen Landesverbänden. Im Oktober und November wird in Landesvertreterversammlungen die Reihenfolge der Kandidatinnen und Kandidaten gewählt, auf einer Bundesvertreterversammlung erfolgt dann die Entscheidung über die Bundesliste. Da ich nicht wieder kandidiere, kann ich das ganze entspannt verfolgen – aber natürlich werbe ich dafür, dass beim nächsten Mal mehr als 3 engagierte Liberale ins Europaparlament gewählt werden und freue mich auf einen engagierten Wahlkampf.

## IV. Terminvorschau

24.-27.9.	Brüssel	Ausschüsse, Besuchergruppe
25.9.	Brüssel	Meereskonferenz SEARICA zu Nachwuchskräften für die Blaue Wirtschaft
28.9.	Hannover	Europäisches Jugendforum im Landtag
29.9.	Berlin	BFA Umwelt
1.-4.10	Straßburg	Fraktion, Plenum, Besuchergruppe
4.10.	Frankfurt/M	Europäische Verbraucherpolitik für den Alltag vor Ort
8.-10.10	Brüssel	Ausschüsse
11.-14.10.	Dominikanische Republik	RELIAL-Kongress

24. September 2018